

Leserbrief zu den Artikeln in der SZ vom 16.12. „Drohung gegen Gröbenzell“ und vom 21.12. „Ein totes Pferd neu satteln“

Die Diskussion des Stadtrats zum Ergebnis der Verkehrsumfrage in Puchheim zeigt wieder einmal, dass man nicht das langjährige, eigene Versagen der Bürgermeister und der Stadt- bzw. Gemeinderäte in der Verkehrspolitik sieht, sondern die Nachbargemeinden dafür verantwortlich machen möchte. Dass für die Fußgänger und die Radfahrer in der Stadt kaum Verbesserungen möglich sind, ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bauaktivitäten ohne Verkehrskonzept. Damit sind viele enge Straßen ohne Bürgersteig entstanden und Radwege sind nirgends mehr möglich. Bei der Planung der FFB 11neu und der Realisierung der Bahnunterführung hat man nicht daran gedacht, dass damit viel überflüssiger, innerörtlicher Verkehr erzeugt wird, da damit Puchheim Bahnhof zweigeteilt wird und eine gemeinsame Ortsmitte verloren geht.

Nun schlägt ein ehemaliger Bürgermeister, der für das genannte Desaster mitverantwortlich ist, vor, die Lagerstraße in Richtung Lochhausen zu unterbrechen, wenn die FFB 11neu nicht - wie vor über 40 Jahren angedacht war - über Gröbenzeller oder Münchner Grund weitergebaut wird. Es überrascht nicht, dass jemand aus der CSU-zum Stadtrat gewählt wird, der in einer Wahlkampfveranstaltung sogar davon sprach „dass man (auf die betroffene Gemeinde) Bomben und Granaten werfen müsste“. Bedenklich ist jedoch, dass zwei Drittel der Stadträte einer derartigen, unsinnigen populistischen Forderung zustimmen. Im Interesse von guter Politik und insbesondere von Puchheim wäre es jedoch, wenn man sich mit den umliegenden Gemeinden über eine gemeinsame Verkehrsentwicklung verständigen würde, anstatt nur negative Stimmung zu erzeugen.

Auch die Forderung nach einer Unterführung der Bahn zwischen der Luß- und der Josefstraße, die Puchheim alleine bezahlen müsste, ist nicht einer vernünftigen Verkehrspolitik geschuldet. Vielmehr scheint sie darauf abzuzielen, das alte Industriegelände für die Grundstückseigentümer aufzuwerten. Durch diese Unterführung würde nach der Fertigstellung der Südumgehung von Olching und dem geplanten Industriezentrum in Eichenau erheblicher Durchgangsverkehr angezogen. Betroffen hiervon wäre besonders die Adenauer Straße. Sinnvoller wäre es, die bestehende Unterführung für einen eingeschränkten Verkehr (z.B. für kleine Citybusse und wenige Berechtigte) zu erweitern. Damit könnte auch der Eindruck einer Stadtmitte verbessert werden.

Zum anderen gäbe es viele kleine, mit geringem Aufwand zu realisierende Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur. Bezeichnend ist, dass diese Möglichkeiten mit dem Bürgermeister Seidl bereits 2013 diskutiert wurden, seitdem aber keine einzige Maßnahme umgesetzt, sondern nur immer wieder auf zukünftige Arbeitskreise verwiesen wurde.